

# Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Sonntag, den 17. Dezember 1882.

Nr. 590.

## Deutschland.

Berlin, 16. Dezember. Der bisherige Gouverneur von Berlin, General der Infanterie von Fransecky, ist von hier abgereist, um sich vorläufig nach Wiesbaden, bezw. auf seine Bestimmung Erbach im Rheingau zu begeben. Die Kabinetsordre, mit welcher der Kaiser das Abschiedsgesuch des verdienten Generals genehmigt hat, lautet wie folgt:

„Ich entspreche nunmehr Ihrem Mir unter dem 15. Oktober c. vorgelegten Gesuche, dessen unabwiesliche Begründung Ich leider anerkennen muß, indem Ich Sie hierdurch unter Stellung zur Disposition mit der gesellschaftlichen Pension aus dem aktiven Dienste scheidende lasse, welchem Sie über 57 Jahre mit ganz besonderer Auszeichnung angehört. Das, was Sie in dieser Zeit geleistet haben, ist nicht allein in dem von warmen Dank erfüllten Herzen Ihres Königs und in der ehrenden Erinnerung der Armee fest bewahrt, sondern es gehört auch vielfach der Geschichte an, die dem Namen des Kommandeurs der 7. Division bei Königgrätz, des 2. Armeekorps bei Gravelotte und des ersten kommandirenden Generals in Elsass-Lothringen für alle Zeiten ein ehrendes Gedächtniß sichern wird. Ich wünsche, daß Sie in der Verleihung des anbelangenden Schwarzen Adlerordens mit Brillanten den Ausdruck für meine besonders hohe Wertschätzung der von Ihnen geleisteten Dienste erkennen mögen, und Ich wünsche ferner, daß Sie als Chef des 5. Kommerzien-Infanterieregiments Nr. 42 und als a la suite des 1. Magdeburgerischen Infanterieregiments Nr. 26 lebend in welchen wohl erworbenen Ehrenstellen Sie auch ferner verbleiben — noch recht lange der Armee angehören mögen, für deren Ruhm und Gedeihen Sie so viel gethan haben.“

Berlin, den 23. November 1882.

Ihr dankbarer König

(gez.) Wilhelm.

An den General der Infanterie v. Fransecky, Gouverneur von Berlin.“

Die Gewerbeordnungs-Kommission hat gestern nach sehr langer und heftiger Debatte den Antrag der Abgeordneten Adersmann und Genossen auf Einführung obligatorischer Arbeitsbücher für alle gewerblichen Arbeiter angenommen.

Die Lage der Dinge in den Ostprovinzen gestaltet sich für die Deutschen immer ungünstiger. Eine von Alexander II. bestätigte Verordnung vom 16. Mai 1871, welche die Voruntersuchung bei Verbrechen nach dem Befinden der Staatsanwälte der Gendarmerie (der politischen Polizei) überträgt, soll, wie die „Nigaische Ztg.“ anklagt, nun auch auf die baltischen Provinzen ausgedehnt und somit die Balken derjenigen Rechtsprechung beraubt werden, deren sie sich bisher rühmen konnten. Der Urheber dieser Maßregel ist Senator Manassein, der sich jetzt vollkommen als Herr der Situation fühlt. Auf Manasseins besondere Bitte hat der Kaiser den Kammerherrn Baron Schewitsch zum Gouverneur von Livland an Stelle des zurückgetretenen Barons Urtel ernannt. Dieser ist nach der Versicherung der „Koslow'schen Moslauer Zeitung“ ein kluger und thätiger Verwaltungsbeamter, wie er gegenwärtig besonders dem Livländischen Gouvernement notwendig. Baron Schewitsch ist nach derselben Quelle auch mit der Mission betraut, durch seine Thätigkeit die Revision der Arbeit des Senators Manassein nach Kräften zu fördern und später bezüglich der geplanten Reorganisation im Lande das eine oder andere Gutachten abzugeben.

Die „Königliche Zeitung“ veröffentlicht eben sehr lebendig geschriebene Berichte über die Samoa-Inseln, die dem genannten Blatte vom einem Passagier an Bord von S. M. S. „Carola“ zugegangen sind. Bei dem besondern Interesse, das sich dieser Inselgruppe in Folge der bekannten Kolonisationsprojekte bei uns zugewendet hat, wird die Weitergabe einiger Stellen aus den Berichten der „Königlichen Zeitung“ nicht unwillkommen sein. Es heißt da also:

Am Tage nach unserer Ankunft in Vavau war Empfang bei dem König Georg von Tonga. Der alte Herr ist mindestens so alt wie unser Kaiser und hat wie dieser ein arbeitsames, mährvolles Leben hinter sich. Sein Alter läßt sich ungefähr bestimmen, weil er bei dem Ueberfall eines Schiffes, welcher der Zeit noch genau bekannt ist, zu Anfang dieses Jahrhunderts als Knabe mit an Bord war. Das Alter des Königs wird danach auf 85 bis

88 Jahre geschätzt. Ursprünglich vornehmer Hauptling, aber nicht der legitimen Herrscherfamilie angehörig, sondern, um es mit europäischen Verhältnissen zu vergleichen, der Majordomus der Familie, wurde er in die politischen Wirren hineingerissen. Es gelang ihm, Tongatabu, Hapai und die Vavau-Inseln, zeitweise auch einen Theil der Fidschij-Inseln unter seine Oberherrschaft zu bringen und bis auf Fidschi, das er ausgab, sich zu erhalten. Seine Hauptstütze in der Erziehung und Erhaltung einer geordneten Verwaltung war die Wesleyanische Mission, die auch ihrerseits an dem König einen warmen Freund und Beschützer fand. (Neuerdings trägt das Verhältnis stark getrübt.) Sämtlicher Grundbesitz wurde von ihm eingebracht und als Lehn seinerseits vergeben, eine Kopfsteuer eingeführt und es wurden die verschiedenen Gouverneure der verschiedenen Inselgruppen vom König ernannt. Sie führen in seinem Auftrage und in seinem Namen die Verwaltung. Gerichtswesen, Schulunterricht, Erhaltung der Wege sind geordnet, kurz, Tonga ist ein Land, in dem wirklich regiert und etwas geschaffen wird. Der alte Herr sah statlich und rüßig aus und hielt die Empfangsfeierlichkeit mit Freundlichkeit und Würde ab. Für gewöhnlich trägt er eine Uniform und den Rothen Adlerorden 1. Klasse an, welchen ihm unser Kaiser verliehen hat. Da er aber diese Sachen in Tongatabu gelassen hatte, so war er beim Empfang in einem schwarzen Salomanzug gekleidet. Die Vorstellung und Unterhaltung wurde vornehmlich durch einen französischen Jesuitenpater, der seit etwa 25 Jahren in Tonga lebt, und dauerte etwa eine Viertelstunde, während welcher uns ein Glas Wein und Biscuits präsentiert wurden. So einfach das Haus und die gesamte Einrichtung waren, der Empfang entbehrte durchaus nicht der Feierlichkeit und der alte König flüßte nicht nur durch sein Alter, sondern durch sein ganzes Wesen Respekt ein.

Als Statthalter des Königs auf den Inseln der Vavangruppe fungiert der Enkel desselben, Prinz Wellington; über ihn heißt es:

Prinz Wellington ist ein Mann von etwa 30 Jahren und einem ungeheuren Körper. Er ist 6 Fuß hoch, entsprechend breit und stark und wiegt, wie er uns lachend mittheilte, 300 Pfund englisch. Obwohl er nie aus Tonga fortgekommen ist, spricht er doch fließend englisch, weiß sich vorzüglich in europäischen Formen zu geben, weiß in Geschichte und Geographie auffallend gut Bescheid, ist nicht nur ein Liebhaber von Musik, sondern kennt die moderne Opernliteratur ganz gut, auch singt er nicht übel und spielt, allerdings nicht als großer Künstler, verschiedene Streich- und Blasinstrumente. Immer, wo wir mit ihm zusammenkamen, sei es bei offiziellen oder privaten Gelegenheiten, war er ein vortrefflicher, unterhaltender Gesellschafter, gut repräsentierend und gegen Ideen verbindlich. Als Schattenseite wird von ihm allerdings in Tonga hervorgehoben, daß er viel mehr Geld unterbringen könne, als ihm gegeben wird, daß er sich immer in Schulden befindet und daß der alte König vor einiger Zeit eine offizielle Belohnung erhalten habe, in welcher er von Regierungs- und Privatwegen jede Verpflichtung, für seinen Entel zu haften, abweist.

## Ausland.

Paris, 15. Dezember. Die gestrigen Mittheilungen über Differenzen im Ministerium und die angebotene Demission des Marineministers Janreguierry werden heute durch die eines hiesigen Blattes bestätigt. Der „Temps“ berichtet, daß Janreguierry in einem Anfall von Gereiztheit den Gesandtenwirth betreffend die Kreditforderung für Tonking während des Ministeraths und in Gegenwart Greys in das Kaminfeuer geworfen, nachdem seitens des Letzteren und mehrerer Minister Einwendungen gegen die Expedition erhoben worden. Es wurden übrigens sofort alle Anstrengungen gemacht, die Demission des Ministers und damit eine Kabinetskrise zu verhindern, und es ist dies auch, wie aus einer Notiz der „Agence Havas“ hervorgeht, gelungen.

Die Verhandlungen zwischen den Kabinetten von Paris und London bezüglich Egyptens sind den letzten Nachrichten zufolge in ein besseres Stadium getreten. Dem Vernehmen nach habe England neue Eröffnungen weiter gehender Kompensationen

Ein Gerücht von der Ermordung des Sultans war heute hier in Umlauf.

London, 14. Dezember. Heute Morgen brach in Hamptoncourtpalast eine Feuerbrunst aus, welche den ganzen Ostflügel des Gebäudes zerstörte und eine Anzahl Gemälde der Gallerie beschädigte. Der Brand entstand zwischen Seben und acht Uhr früh in den Gemächern einer Mrs. Crofton, welche unmittelbar über der Gemäldegallerie im Ostflügel gelegen sind. Eine Dienerin der genannten Dame alarmirte sofort die Palaßbeamten, eine Abtheilung der vierten Husaren waren bald zur Stelle, ebenso die freiwilligen Feuerwehren der umliegenden Dörfer. Obwohl die Palaßfeuertruppe sofort in Thätigkeit gesetzt wurde, griffen die Flammen doch mit Macht um sich und zerstörten eine Reihe von Gemächern der oberen Stockwerke vollständig, wobei eine Dienerin der Mrs. Crofton ihren Tod fand. Nachdem die aus der Nachbarschaft herbeigeeilten Speichen eingegriffen hatten, wurde dem verheerenden Element bald Halt geboten und gegen 10 Uhr war jede Gefahr der Weiterverbreitung beseitigt. Die Gemäldegallerie ist nicht sowohl durch das Feuer als durch die zur Löschung desselben verwandten Wassermassen beschädigt, doch hat bis jetzt der Umfang des angedachten Schadens an den Kunstwerken noch nicht festgestellt werden können. Als Entstehungsurache des Feuers wird das Umwerfen einer Petroleumlampe in einem der von Mrs. Crofton bewohnten Zimmer angegeben. Der direkte Brandschaden wird auf 30,000 Pfd. St. l. geschätzt.

## Elfter deutscher Handelstag.

Berlin, 15. Dezember 1882.

I.

(Schluß.)

Auf Bismarck's Vorantrag des Kommerzien-Raths Vertelsmann (Wiesbaden), Dr. Herber (Stuttgart) u. A. gelangte noch folgende Resolution einstimmig zur Annahme: „In Erwägung, 1) daß entgegen den bei den vorjährigen Reichstagsverhandlungen festgehaltenen Grundsätzen für das effektive Waarengeschäft, das Reichstempel-Gesetz vom 1. Juli 1881, wie es von den Behörden ausgelegt und gehandhabt wird, zu einer unabweislichen, sowie unverhältnißmäßig belastenden und verzerrenden Extrastuer sich gestaltet hat, 2) daß die wegen der vielfachen Unklarheiten des Gesetzes übermäßig auseinandergehenden Interpretationen der Behörden eine drückende Rechtsunsicherheit hervorgebracht haben, beantragt der deutsche Handelstag den Ausschuss, ungesäumt durch Rückfrage bei sämtlichen Mitgliedern des Handelstages das vorhandene Material über die bisher erfolgten Auslegungen des Gesetzes zu beschaffen und auf Grund dieses Materials schleunigst eine Petition auf Reform des Gesetzes beim deutschen Reichstag und Bundesrath einzubringen.“ — Hierauf trat eine Pause ein.

Die auf der Tagesordnung stehende Ergänzungswahl des bleibenden Ausschusses wird durch Wiederwahl der bisherigen Mitglieder per Akklamation erledigt.

Von der Handelskammer zu Görlitz, die bekanntlich zu den drei Handelskammern gehört, welche eine Einreichung ihrer Jahresberichte zur vorherigen Prüfung durch den Handelsminister verweigert haben und deswegen gemahngelt worden sind, ist ein Anschreiben eingegangen, in welchem dieselbe erklärt, daß, da der Handelstag es abgelehnt habe, den bekannten Erlaß des Handelsministers auf die Tagesordnung zu setzen, sie sich nicht veranlaßt sehe, z. B. an den Verhandlungen theilzunehmen.

Bankdirektor Dr. Siemens referirt sodann über „die Einführung des Chedverkehrs“. Derselbe führt aus, daß der Ched bei uns noch immer die Rolle einer erschlafften Pflanze spiele, während beispielsweise in London (Clearing House) der Chedverkehr wöchentlich ca. 50 Millionen beträgt. Die geschäftliche Lage in Deutschland dränge nach einer Vermehrung der Zahlungsmittel und da nach den in Frankreich gemachten Erfahrungen eine Vermehrung der Banknoten absolut ausgeschlossen erscheine, so könne dieselbe nur geschehen in Gestalt der Wechsel oder der Cheds. Beide sind sehr wesentlich von einander verschieden. Letzterer ist ein auf Kredit beruhendes Umlaufsmittel, der Ched aber ist ein Zahlungsmittel und im Allgemeinen könne man sagen, daß derjenige, der Wechsel verkauft, Geld braucht, derjenige aber, der Cheds verkauft, Geld hat. Der

Ched ist nicht ein Ergänzungsmittel zum Wechsel, sondern ein Ergänzungsmittel zu den Banknoten. Die Erfahrungen der Reichsbank haben gezeigt, daß auf eine Weiterentwicklung des Giroverkehrs nicht gehofft werden kann, wenn nicht neue Kräfte dem Giroverkehr erschlossen werden, und diese Kräfte hat die leitende Kreise der Reichsbank veranlaßt, einen Gesetzentwurf betr. den Chedverkehr vorzubereiten. Daß der Chedverkehr bei uns große Ausichten auf gedeihliche Entwicklung hat, zeigen die Erfahrungen des Berliner Kassenvereins, der die Rolle des Clearinghouse der Berliner Firmen spielt, ebenso die Erfahrungen der „Deutschen Bank“. Die ökonomischen Schwierigkeiten, welche dem Chedverkehr entgegenstehen, könne ein Gesetz nicht heben, wohl aber könne ein Gesetz, welches die Stempelfreiheit des Cheds verbürgt, die juristischen Momente, die bei dem Ched in Frage kommen, streuen. Im Großen und Ganzen herrsche über diese juristischen Momente kein Zwiespalt, die Ansichten gehen nur darin auseinander, ob Beschränkungen in der Person des Zahlungsestellers zugelassen werden sollen oder nicht. Er seinerseits empfehle die in England gültige Beschränkung, daß nur Bankiers als Zahlungsestellers angenommen werden. Eine zweite wesentliche Verschiedenheit der Ansichten beziehe sich auf die Form des Cheds; er seinerseits befürworte nur den Anweisungsched, nicht aber auch den Quittungsched und er glaube, daß man eines Chedgesetzes bedürfte, weil die Regresspflichtigkeit darin ausgesprochen werden müsse. Es würde aber eine Billenkennung der „allfälligen Beschränkungen“ sein, wenn man glaubt, die Grundlagen für die Entwicklung des Chedverkehrs könnten durch Gesetz geschaffen werden. Das Gesetz könne weder Bankiers noch ein spekulationsunlustiges Publikum schaffen, aber er befürworte dies Chedgesetz wegen der damit erreichbaren Stempelfreiheit. (Beifall.) Redner empfiehlt im Verein mit dem Korreferenten Bethke (Halle) folgende Resolution:

Der deutsche Handelstag wolle aussprechen: 1) Der Ched ist vorzugsweise Zahlungsmittel, nicht Umlaufsmittel. 2) Die Ausdehnung des Chedverkehrs empfiehlt sich aus wirtschaftlichen Rücksichten, namentlich im Interesse der Zentralisation unseres Geldwesens. 3) Der Erlaß eines Chedgesetzes würde nützlich wirken, wenn darin festgelegt ist: a. eine legale Definition des Cheds als Sichtanweisung des Ausstellers auf ein bei dem Bezogenen ihm zur Verfügung stehendes Guthaben desselben bei einem Bankier, b. kurze Präsentationsfrist für Blattscheds, entsprechend verlängerte für alle übrigen Cheds, auch ausländische, c. Stempelfreiheit, d. Regress in der Form des Wechselrechts gegen den Aussteller und die eventuellen Giranten.

Papendick (Bremen) spricht dagegen gegen die Nothwendigkeit eines Chedgesetzes; der Chedverkehr existirt thatsächlich bereits bei uns, wenn auch noch nicht in der wünschenswerthen Ausdehnung, und es sei zu empfehlen, dem Chedverkehr in sich selbst zunächst konsolidiren zu lassen, ehe man an ein Chedgesetz herantrete, wolle man aber einmal ein solches Gesetz haben, dann müsse es nicht nur für eine Klasse, die Bankiers, bestimmt sein, sondern dem gesamten Publikum zu Gute kommen. Es empfiehlt sich folgende abweichende Form der Resolution:

Der deutsche Handelstag wolle aussprechen: 1) Die Ausdehnung des Chedverkehrs empfiehlt sich aus wirtschaftlichen Rücksichten, namentlich im Interesse der Zentralisation unseres Geldwesens. 2) Der Erlaß eines Chedgesetzes würde nützlich wirken, wenn darin festgelegt wird: a. Die Erkennungsmomente des Cheds in Anweisung- und Quittungsform, b. daß der Ched nicht nur auf einen Bankier, sondern auf Jedem ausgestellt werden kann, bei welchem der Aussteller ein Guthaben oder Kredit hat, c. kurze Präsentationsfrist für Blattscheds, entsprechend verlängerte für alle übrigen Cheds, auch ausländische, d. Stempelfreiheit, e. Regress in der Form des Wechselrechts gegen den Aussteller und die eventuellen Giranten.

Geheimer Kommerzienrath Mendelssohn berichtet, daß die Kommission nur noch den Anweisungsched habe bestehen lassen.

Heinrichsen (Hamburg) glaubt, daß der Giroverkehr, wie er sich in Hamburg entwickelt hat, wo die Reichsbank das Clearinghouse ist, auch anderwärts ohne Ched und Chedgesetz Platz greifen kann. Er halte ein Chedgesetz keinesfalls für nothwendig; man könne ruhig abwarten, wohin die



Rom, 15. Dezember. Der König hat heute  
 russischen Großfürstin Konstantin Nikolajewitsch  
 dessen Sohn einen Besuch abgestattet. Dem  
 Thronen nach wird Großfürst Konstantin Nikola-  
 witsch auch vom Papste in Audienz empfangen.